

Offener Brief des Vaterstettener Gemeinderats an die Zornedinger CSU-Gemeinderätin Frau Dr. Boher

Wir leben in einer Zeit voller neuer Eindrücke und Herausforderungen. Niemals hat es bisher eine solche Bewegung von Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern, aus Not, Elend, Terror und Krieg ins sichere Europa und hier vor allem nach Deutschland gegeben. Diese Situation stellt Deutschland, Bayern, den Landkreis Ebersberg und seine Gemeinden vor gewaltige Aufgaben. Sich diesen Aufgaben zu stellen, ist unsere Pflicht als gewählte Volksvertreter. Politiker müssen die Probleme erkennen, sie benennen und jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten daran arbeiten, sie zu bewältigen. Dazu die richtigen Wege zu finden, ist die Sache eines politischen Diskurses, dem sich alle Verantwortlichen zu stellen haben.

Im Landkreis war es bisher unter den maßgeblichen Parteien und Fraktionen Konsens, dass wir Menschen in Not helfen und uns der Verfassung verpflichtet fühlen. Dieser Konsens hat uns stark gemacht und in die Lage versetzt, die Anforderungen, die die Zeit an uns stellt, zu bewältigen. Ebenso waren wir uns bis heute einig, dass wir mit Würde und Anstand über andere Menschen sprechen und sie auch so behandeln.

Ihre „kritischen Anmerkungen“, Frau Dr. Boher, im Zorneding-Report verlassen nun leider sehr deutlich diese gemeinsame Linie.

Sie schwadronieren über einen „Gottesstaat“, geführt von einem Pastor aus der ehemaligen DDR und einer Bundeskanzlerin auch aus der ehemaligen DDR und auch mit evangelischem Hintergrund. Diese Formulierungen, die unser Land, unsere Kanzlerin und unser Staatsoberhaupt verächtlich machen sollen, lehnen wir entschieden ab.

Sie schüren mit Ihren Worten eine Neiddebatte, die es an Menschlichkeit, Solidarität und Mitgefühl fehlen lässt. Es soll also keine psychologische Betreuung von traumatisierten

Menschen aus Kriegsgebieten geben? Auch auf Menschen, die sich um die Integration der Flüchtlinge kümmern, kann verzichtet werden? (Gab es ja nach dem 2. Weltkrieg auch nicht.) Diese Einstellung ist unsere nicht, Frau Boher.

Anschließend beklagen Sie die „linksdominierten Medien“. Mit dieser skurrilen Klage reihen Sie sich bei Menschen und Parteien ein, die weit außerhalb des demokratischen Spektrums stehen. Das ist Ihnen als politisch aktivem Menschen sicher bewusst und somit beabsichtigt. Für uns sind die Medien unverzichtbar, unabhängig und frei, auch wenn sie nicht immer die gewünschte Meinung transportieren.

Sie schreiben vom „Militärdienstflüchtling aus Eritrea“. Jemand der vor einem der weltweit brutalsten Regime flieht, vor totaler Willkür und Folter, ist nicht einfach ein Militärdienstflüchtling. Er verdient unsere Solidarität und nicht die Banalisierung seines Schicksals.

Schließlich versuchen Sie ausführlich deutsche Menschen in Not und ausländische Menschen in Not gegeneinander auszuspielen. Das weckt leider in vielen Menschen nur die niedersten Instinkte und ist weder sachlich richtig noch anständig.

Der Vaterstettener Gemeinderat befürwortet eine offene politische Diskussion, wie mit den Herausforderungen durch die Asylsuchenden umzugehen ist. Hierbei lassen wir uns jedoch von Verantwortungsbewusstsein, Respekt und Empathie leiten.

Vaterstetten, 12.11.2015